

Laibacher Zeitung.



Mr. 35.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 12. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 9 kr., 3m. 12 kr. u. s. w. Insertionspempel jedesm. 30 kr.

1873.

Amtlicher Theil.

Wien, 10. Februar.

Ihre Majestät die Kaiserin Carolina Augusta sind Sonntag, den 9. Februar 1873, mittags um zwölf ein Viertel Uhr an Erschöpfung der Kräfte ruhig in dem Herrn entschlafen.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre Majestät die Kaiserin Carolina Augusta die Hoftrauer von Donnerstag, den 13. Februar, als dem Tage des Leichenbegängnisses, angezogen und durch drei Monate mit folgender Abwechslung getragen werden: den ersten Monat, das ist vom 13. Februar bis einschließlich 12. März, die tiefste, den zweiten Monat, vom 13. März bis einschließlich 12. April, die tiefe, dann durch den letzten Monat, das ist vom 13. April bis einschließlich 12. Mai, die mindere Trauer.

Nichtamtlicher Theil.

Die „Wiener Zeitung“ gibt infolge Ablebens Ihrer Majestät der Kaiserin Carolina Augusta den Trauergefühlen in einer Extra-Ausgabe vom 10. d. mit nachstehenden Worten Ausdruck:

„Die Mittagsstunde des gestrigen Tages wurde zur Stunde der tiefsten, allgemeinsten Trauer; denn nicht das Hinscheiden einer Kaiserin, sondern der Verlust der edelsten Frau und unermüdeten Wohltäterin ergrieff schmerzlich alle Herzen.

Vorbild einer christlichen, hingebenden Gattin, erfüllte Sie ebenso die Pflichten einer Kaiserin als einer Mutter der Familie und des Landes, in schweren wie in glücklichen Zeiten.

Als Witwe lebte Sie, an jeglicher Art von Weltgetriebe untheilhaft, nur ihrem Hause und dem Wohlthun. Wahrhaft fromm, ohne alle Uebertreibung, war ihr Urtheil stets mild und wohlwollend. Der seit des jetzt regierenden Kaisers Thronbesteigung, im officiellen Verkehr, geänderte Titel blieb im Volksmunde unverändert und auch in spätem Andenken wird der Name: „Kaiserin Mutter“ fortleben, denn eine Mutter war Sie allen, die — ob hilfsbedürftig oder nicht — das Glück hatten, Ihr zu nahen, und eine Mutter ist es, die wir, in allen Ländern und Gauen der Monarchie, in dieser Kaiserin beweinen.“

Zur Wahlreform.

Die „Presse“ bringt unterm 8. d. über den Stand der Wahlreformfrage nachstehenden Bericht:

„Die Action der Regierung in der Wahlreform, welche für die parlamentarische Behandlung bereits perfect ist, wurde den Polen zuliebe bis auf weiteres unterbrochen. Das Ministerium ließ den galizischen Deputierten eine abermalige Frist von mehreren Tagen offen und wird demgemäß die Vorlage in der nächsten Abgeordnetenhausung noch nicht einbringen, obgleich, wie schon bemerkt, der weitem Entwicklung auf verfassungsmäßigem Wege kein Hindernis entgegenstände. Uebrigens waren die Vorgänge in der gestrigen Versammlung des Polenklubs nicht sehr aufmunternd und geben der Erwartung, es werde eine Verständigung gelingen, keinen großen Spielraum. Ueber die Resultate der gestern von den Polen veranstalteten Conferenzen, welcher Graf Soluchowski beizuhöhen, enthält das „Dr. Tagblatt“ einen Bericht, der den Eindruck der Glaubwürdigkeit wach. Nach dieser Darstellung soll Graf Soluchowski den Polen erklärt haben, er halte sich für berechtigt, die Intentionen der Krone bezüglich der Wahlreform sehr genau zu kennen, nicht minder die des Cabinets, welches das vollste Vertrauen der Krone besitze, und diese sind derart, daß, selbst wenn die galizischen Abgeordneten der Wahlreform den heftigsten Widerstand entgegensetzen würden, die Einführung directer Reichsrathswahlen und deren Ausdehnung auf Galizien unaufhaltsam sei. Bei solcher Bewandnis, führte Graf Soluchowski weiter aus, halte er es für rathsam, daß man sich offen in die Augen sehe und vor

allem berathe, ob der Klub nicht die Pflicht habe, den im Dezember gefassten Beschluß zu revidieren, welcher dahin ging, das Parlament zu verlassen, sobald das Ministerium die Wahlreform einbringe. Der galizische Statthalter soll ferner seinen Landesleuten angedeutet haben, sie hätten nicht die geringste Ursache, der Regierung zu mißtrauen, wohl aber Grund, die ihnen gebotenen Vortheile anzunehmen. Graf Soluchowski stellte, wie das citierte Blatt weiter berichtet, seine Vermittlung zur Disposition; ein hierauf gestellter Antrag, der Klub möge eine Commission ernennen, mit welcher Graf Soluchowski in Unterhandlung treten könne, habe jedoch nicht die Majorität erhalten. Dagegen sei beschlossen worden, daß es dem Grafen Soluchowski überlassen bleibe, sich selbst Vertrauensmänner aus dem Klub zur Einleitung und Fortführung der Negotiationen zu wählen. Graf Soluchowski gab deutlich zu verstehen, daß die Zeit, bis zu welcher dieselben zu Ende geführt sein müssen, eine sehr knapp bemessene sei und es soll auch die neuerliche entscheidende Sitzung des Klubs bis spätestens Mitte kommender Woche in Aussicht genommen sein.

So weit die Mittheilungen des genannten Journals, welche, falls sie genau sind, die Situation gegenüber den Polen nicht gerade verbessert erscheinen lassen. Ein willkommenes Moment läßt sich jedoch auch aus dieser Darstellung ersehen, nämlich die feststehende Absicht der Regierung, in der nächsten Woche mit jedem ferneren Aufschub abzuschließen.“

Der „Allg. Ztg.“ wird geschrieben: „Es darf jetzt als feststehend betrachtet werden, daß die Verhandlungen mit den Polen wieder aufgenommen sind und daß diese Verhandlungen nicht bloß die Feststellung der Details der Reform für Galizien zum Gegenstande haben, sondern gleichzeitig die Möglichkeit und die Bedingungen einer (in der Thronrede bekanntlich ausdrücklich in Aussicht genommenen) Sonderstellung Galiziens erörtern. Die Polen sind, nachdem sie die Ueberzeugung gewonnen, ihr Ausscheiden aus dem Reichsrathe werde die Wahlreform weder im allgemeinen noch speciell in Anwendung auf Galizien aufzuhalten vermögen, besonnener geworden, und nicht zum Ueberflus hat man sie eben jetzt auch noch daran erinnert, daß sie sogar das Zustandekommen einer ordnungsmäßig gewählten Delegation nicht zu hindern im Stande sind.“

Der „Tagesbote“ gibt neuerlich Kunde über die an kompetenter Stelle niedergelegten Petitionen um Einführung der Wahlreform; er fügt dieser Meldung folgendes bei: „Es fällt jedenfalls schwer ins Gewicht, daß tausende von Gemeinden und Corporationen aus freien Stücken, erfüllt von politischer Erkenntnis, jede selbständig in ihrer Meinungsäußerung, sich in dieser unmitteldbaren und kräftigen Weise für die Wahlreform erklärt haben. Diese spontanen Kundgebungen allein würden allerdings genügen, um die Wagschale, in welche die durch Terrorismus und Bettelei mühsam zusammengebrachten und obendrein alle über einen Reisten geschlagenen czechischen Petitionen fallen, federleicht in die Höhe zu schnellen. Aber es wäre arg gefehlt, wenn man Petitionen gegen Petitionen in die Wagschale legen wollte. Im Lager der Deutschen und Verfassungstreuen war ebensowenig jemals in früherer Zeit als heute ein Petitionesturm für die Wahlreform beabsichtigt. Wäre es wirklich nöthig und dienlich, erst noch durch Petitionen ein vollständiges Bild der Stimmung über die Wahlreform den maßgebenden Kreisen zu bieten, dann würde die Gemeinde von Wien, über deren Haltung wohl nicht der leiseste Zweifel obwalten kann, die Weltstadt mit einer Million Einwohnern und der Steuerlast eines ganzen Landes, den Reigen eröffnen und Städte, wie Graz, Innsbruck, Troppau, Brünn, Olmütz, Reichenberg, Teplitz, Eger, Karlsbad und Hunderte der blühendsten industriellen Städte des Reiches mehr würden ihr folgen; und wolle man gar noch an den Einzelnen appellieren, so würde eine Woche genügen, um Millionen von Unterschriften reifer Männer nicht zu erbeteln, sondern als freiwillige Meinungsäußerungen ins Feld zu führen. Aber der Deutsche ist von Natur aus überflüssigen Demonstrationen abhold, und im vorliegenden Falle wäre es fast unwürdig, das Maröber der Geißel- und Revolvereinde nachzuahmen, nachdem die constitutionell gestante Bedrückung auf gesetzlichem Wege, durch die verfassungsmäßig berufenen Körperschaften so nachdrücklich und unzweideutig ihr Votum abzugeben in der Lage ist.“

Die „Allg. Ztg.“ erhält von ihrem wiener Correspondenten über die Agitation der Opposition in Böhmen nachstehenden Bericht:

„Daß die Sache der Verfassung wesentlich gestärkt ist, erweist sich am besten aus der Haltung ihrer Gegner; so unter anderem aus dem föderalistischen Vorwurfe: die Verfassungepartei hätte nicht nöthig gehabt den czechischen Labors so scharf entgegenzutreten, da sie politisch stark genug sei, um schonen zu können. Der Vorwurf hat scheinbar etwas für sich, aber auch nur scheinbar. Denn einerseits ist es nicht die Verfassungepartei, die den Labors ein Verbot entgegensetzt, sondern das thun die Behörden, welche zur Aufrechterhaltung des Ansehens der Verfassung verpflichtet sind; andererseits haben aber jene, die in öffentlicher Agitation die bestehenden Grundlagen der Staatsordnung systematisch angreifen, eben nicht an die Stärke der Verfassung geglaubt, solange man ihren Angriffen auf dieselbe freies Spiel ließ. Es ist ein hochconservatives Interesse, daß das Bestehen der Staatsgrundgesetze nicht als eine sogenannte offene Frage erscheine, sondern daß das Volk einen festen Punkt vor sich sehe, woran es sich zu halten hat. Mit andern Worten, es muß für unzweifelhaft gelten, daß verfassungsmäßige Zustände nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden können. Läßt man dies im Zweifel, so werden Beamte in ihrer Haltung unsicher, das Volk wird verführbar, und der Zusammenhang des ganzen Staatswesens lockert sich. Den Föderalisten, selbst wenn sie durch einen Umsturz ans Ruder kämen, würde die Gefährlichkeit des gegebenen Beispiels aus unmittelbarer Erfahrung klar werden; die von ihnen vorher gebrauchten Waffen lägen alsdann für eine gegen sie selbst gerichtete Opposition bereit, und die föderalistische Agitationsweise, welche die Staatsgrundgesetze negierte, würde dann als ein legitimiertes Vorbild für andere da und wäre ein directer Weegeweiser zum Ansturm auch gegen eine föderalistische Schöpfung. Eine politische Partei, die nicht auf gesetzlichem Wege die Oberhand zu erhalten vermag, ist in geordneten Zuständen moralisch unberechtigt und hat wegen der Nachwirkung ihres Zerstörungstriebes auch die Fäähigkeit nicht, geordnete Zustände für die Zukunft zu schaffen. Zur Bekämpfung der Gefahren einer derartigen Agitation ist schon im allgemeinen eine feste Hand in Aufrechterhaltung der Autorität der Gesetze rathsam; in dem vorliegenden Falle jedoch noch insbesondere darum, auf daß der föderalistische Glaube an geheime Protectionen, der auch manche sonst Wohlgehinnte irreführt hat, gegenüber einer thatächlichen Widerlegung, wie es die Verbote der Labors mit verfassungsgewandten Zwecken sind, endlich vollends verschwinde. Das czechische Volk konnte sich Glück wünschen dazu, daß die Regierung der Miswirthschaft in den Saloznas zu steuern wußte; der Kern derselben wird es schließlich nicht ungenügend sehen, wenn er von dem Terrorismus einer rücksichtslosen Agitationspartei frei wird. Es war ein despotisch aufgelegtes Joch, und sein Druck war schwer. Auf alle Fälle aber erheischt das österreichische Gesamtinteresse die Abwehr eines höchst bedenklichen Uebelstandes: es ist nicht zulässig, daß der Föderalismus den „König von Böhmen“ gegen den Kaiser von Oesterreich aufbiete.“

Parlamentarisches.

Das Subcomit6 des Finanzausschusses, welches über die Mehrforderung für die Weltausstellung zu berathen hatte, ist zu dem Resultate gelangt: dem Finanzausschusse zu empfehlen, die geforderten Mehrcredite von 7 Millionen und 2,7 Millionen zu bewilligen, zugleich aber die Regierung zur Controlierung aller Ausgaben für die Weltausstellung zu verpflichten und es ihrer Verantwortung anheimzugeben, daß die Kosten der Ausstellung die bisher bewilligte Summe von 15,7 Millionen nicht überschreiten.

Der Finanzausschuß beschäftigte sich mit dem Beamtengeetze und erledigte jenen Theil der Regierungsvorlage, welcher die Bildung eines Beamtenpensionsfonds in Aussicht nimmt. Nach dem Entwurfe war beabsichtigt, aus Percentualabzügen von den Beamtengehalten einen Pensionsfond für die Beamten zu bilden und „das Prinzip der Selbsthilfe“ bei den Beamten zur Geltung zu bringen. Der Ausschuß beriet über die Frage, ob ein Pensionsfond für Beamte aus den Percentualabzügen creiert werden sollte, und verneinte diese Frage mit ansehnlicher Majorität. Der Finanzminister vertrat energisch den Regierungsstandpunkt und beantragte, man möge die Percentualabzüge gleichsam als eine Art Steuer zulassen. Der Ausschuß lehnte diesen Antrag ab.

Im Ausschusse, dem der Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, zur Vorberatung zugewiesen ist, beantragte Abg. Freih. v. Scharf schmid nachstehende Resolution:

„In Erwägung, daß das Gedeihen der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften von der Gewährung von gesetzlichen Begünstigungen in Ansehung der Stempel und Gebühren, sowie von der gesetzlichen Regelung ihrer Erwerbs- und Einkommensteuerpflicht abhängt, wird die hohe Regierung aufgefordert, mit aller Beschleunigung und jedenfalls noch in dieser Session des Reichsrathes eine auf die vorerwähnten Gegenstände bezügliche Vorlage einzubringen.“

Abg. Dumba erörtert bei dieser Gelegenheit die Bedenken, die sich rücksichtlich der Umgehung der Steuerpflicht bei den Consumvereinen ergeben.

Abg. Dr. Pickert spricht sich hingegen für die Resolution aus.

Sectionschef Dr. Fierlinger theilt dem Ausschusse die Grundzüge einer Gesetzesvorlage über Stempel- und Gebührenbegünstigung mit, deren Einbringung das Finanzministerium in Aussicht nimmt. Dieser Gesetzentwurf befindet sich jetzt noch im Stadium der Vorberatung; jedoch erklärt er sich in diesem Punkte mit der Resolution einverstanden.

Was jedoch die directen Steuern anbelangt, sei eine Modification der Resolution in dem Sinne wünschenswerth, daß diese Frage der allgemeinen Steuerreform vorbehalten und bis dahin bloß an die Regierung die Aufforderung zu einem möglichst schonenden Vorgehen im Sinne des Finanzministerialerlasses vom 3. Mai vorigen Jahres zu stellen wäre.

Der Ausschuss zur Vorberatung des Gesetzentwurfes, betreffend die Verwerthung des Fleisches und der Häute von bei Rinderpestgefahr geschlachteten gesunden Thieren, hat vor allem das Vorkommen und die bisherigen verheerenden Wirkungen der Viehseuche überhaupt in Berücksichtigung gezogen und den Gesetzentwurf, welcher nun wesentlich mit Berücksichtigung der Verproviantierung der großen Städte, vorzüglich Wiens, während der Weltausstellung erlassen werden soll, in der Richtung beurtheilt, ob die Vortheile, die für den Staatsschatz und die Verproviantierung erwachsen, jene Nachteile aufwiegen, welche die Verschleppungsgefahr der Seuche und die Beeinträchtigung der inländischen Viehzucht im Gefolge haben könnte.

Der Ausschuss beschloß, zu diesem Behufe genaue statistische Erhebungen zu pflegen und zu diesem Zwecke für die nächste Sitzung sowohl den Handelsminister wie auch den Ackerbauminister, dann als Experte den Ministerialreferenten dieses Gegenstandes, Ministerialrath Ulrich, ferner den Regierungsrath Röll und den Magistratsvorstand Wenzel einzuladen.

Zu den Reformen in Frankreich.

Präsident Thiers' ergriff in der am 5. d. stattgefundenen Sitzung des Dreißiger-Ausschusses das Wort, er sprach in Betreff eines Gesetzentwurfes wegen Errichtung einer zweiten Kammer und Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes.

Thiers' Ansprache lautet: „Was die zweite Kammer betrifft, so scheint mir eine solche für eine vernünftige Gesetzgebung schlechterdings unerlässlich; sie muß der natürliche Moderator für den sonst zu heftigen Strom einer demokratischen Gesellschaft, wie die unsrige, sein. Ueber die Art ihrer Bildung mögen Sie entscheiden. Mir für meine Person scheint es am zweckmäßigsten, die conservativen Garantien dieser Kammer nicht sowohl in den Wählern als in den Wählbaren zu suchen, womit ich

aber einstweilen nur eine individuelle Ansicht aussprechen will. Der Wahlkörper müßte derselbe sein, wie für das andere Haus; dagegen könnte man für die Wählbarkeit gewisse Kategorien aufstellen, wie etwa die Bedingung, daß der Candidat entweder schon fünf Jahre Abgeordneter gewesen sein oder einem früheren Doerhause, Senat oder Pairskammer angehört haben müsse; dann könnte man die Präsidenten der Generalräthe, der Handelskammern, der Gerichtshöfe, die höheren Chargen der Armee zulassen u. s. w. Wie gesagt, ich gebe hier nur Andeutungen; worauf es vor allem ankommt, d. i., daß die Sache unverweilt in Angriff genommen werde. In diesem Falle hätte ich nichts dagegen, daß Sie den Theil Ihrer Arbeit, welcher meine persönliche Stellung betrifft, wenn sie früher fertig wird, auch früher in der Kammer einbringen.“

Ich wende mich nun zum Wahlgesetz, welches sich speciell auf die Volkskammer bezieht, auf diejenige, die den Anstoß geben soll, während es die Aufgabe der anderen ist, zurückzuhalten. Darüber ist man allerseits einig, daß die nächsten Wahlen nicht mit dem gegenwärtigen Gesetz unternommen werden können; ich habe also nichts dagegen, daß man sich mit den Modificationen dieses Gesetzes beschäftigt. Das allgemeine Stimmrecht ist, wie sie wissen, das herrschende Prinzip unseres Landes. Ich selbst hatte ehemals die größten Bedenken gegen dieses Prinzip, und obgleich ich von diesen Bedenken etwas zurückkam, als das allgemeine Stimmrecht uns eine so ausgezeichnete Kammer, wie die Constituante von 1848, gegeben hatte, theilte ich doch den Schreck, welchen dann später die Wahlen der Herren de Flotte und Eugen Sai erregten, und gehörte mit zu den Haupturhebern des Gesetzes vom 31. Mai 1850. Damals geschah es, daß ich mich der Worte „la vile multitude“ bediente, welches mir seitdem so oft vorgeworfen worden ist. Meine Absicht war die beste; aber am 2. Dezember mußte ich erkennen, welche gefährliche Waffe wir mit diesem Gesetz in die Hände eines Mannes gelegt hatten, welcher, um mit der den Todten schuldigen Achtung zu sprechen, große Wagnisse im Schilde führte; er konnte vor das Land mit der Entschuldigung treten, daß er das allgemeine Stimmrecht wieder herstellen wolle. Der Gegenstand erheischt also die größte Vorsicht. Meiner Ansicht nach sollten die Wahlen, um gesunder und aufrichtiger zu sein, nach Möglichkeit localisirt werden; man könnte etwa auf das Arrondissement zurückkommen. Von anderer Seite sind mancherlei finanzielle Vorschläge für ein vermittelndes System zwischen Listen-Scrutinium und Abstimmung in Wahlbezirken gemacht worden; diese Vorschläge werden Sie zu prüfen haben. Großen Werth lege ich ferner auf die Feststellung des Domicils. In dieser Richtung waren unter dem Kaiserreiche arge Mißbräuche eingerissen. Der Wähler muß in seiner Gemeinde bekannt sein. Wer keinen rechten Wohnsitz hat, ist auch kein rechter civis. Ferner muß die Identität des Inhabers der Wählerkarte sorgfältiger festgestellt werden. Ich habe es erlebt, daß in Paris 4000 Wählerkarten von Individuen vorgewiesen wurden, denen sie nicht gehörten. Die Dauer des Domicils ist in dieser Richtung die natürlichste Garantie. Diese Ansicht theilt die Regierung mit mir. Sie ist bereit, wenn Sie es wünschen, den Wahlgesetzentwurf selber auszuarbeiten, sie ist auch bereit, dieses Geschäft Ihnen zu überlassen.“

Zur Einwanderung in Brasilien.

Neuesten Nachrichten zufolge hat die brasilianische Regierung die Einwanderungsfrage in die Hände von Privaten gelegt. Das diesfällige Decret vom 17. Sept. v. J. lautet:

„Die Herren Obertribunalsrichter Polycardo Lopez

de Leon und Dr. Egas Moriz Barreto de Aragon werden hiemit ermächtigt, entweder selbst auf eigene Rechnung oder durch Vermittlung einer innerhalb eines Jahres zu bildenden Gesellschaft, binnen sechs Jahren bis zu 10.000 Einwanderer (Ackerbauer und ländliche Arbeiter) aus dem Norden Europas in die Provinzen Bahia und Maranhon einzuführen und eine oder mehrere Ackerbau- oder Industrie-Colonien in diesen Provinzen zu gründen. Bis zu 10 Percent dieser Einwanderer können ländliche Handwerker sein. In obiger Zahl sollen die Einwanderer, die über 45 Jahre alt sind, und die Kinder unter einem Jahre nicht mit inbegriffen sein.“

Die Hauptbedingungen des zwischen der kaiserlichen Regierung und den Unternehmern geschlossenen Vertrages sind folgende: Alle Transport-, Ein- und Ausreisungs-, Unterhaltungs- und übrigen Kosten sind von den Unternehmern zu tragen, die sich verpflichten, die Einwanderer als Arbeiter auf den Pflanzungen oder als kleine Grundbesitzer anzusiedeln. Auch können sie in der Nähe der Küste und an schiffbaren Flüssen aber nie mehr als eine Meile entfernt, Colonien anlegen. Für ländliche Arbeiter welche die Unternehmer einführen, gibt letzteren die Regierung einen Zuschuß von sechs Milreis für jede erwachsene Person (über zehn Jahre), die Hälfte der Summe für Kinder von 10 bis 1 Jahr für solche jedoch, welche die Unternehmer als kleine Grundbesitzer ansiedeln, für jeden erwachsenen Einwanderer 150 und für die Kinder von 10 bis 1 Jahr 75 Milreis. Denjenigen Einwanderern, welche sich als kleine Grundbesitzer ansiedeln wollen, sind die Unternehmer verpflichtet, jedem ledigen Colonisten eine Landparzelle von 32.000 Quadratmetern und jedem Familienvater eine solche von 64.000 Quadratmetern zu verschaffen und gegen angemessene Entschädigung ein provisorisches Wohnhaus darauf zu bauen. Die Unternehmer dürfen die für den Einwanderer entstehende Schuld nicht vor Ablauf von fünf Jahren einfordern, die ersten drei Jahre keine, die folgenden nicht mehr als 6 Percent Zinsen nehmen, und soll der von der Regierung gewährt früher genannte Zuschuß an der Schuld abgezogen werden. Die Regierung überläßt den Unternehmern in den erwähnten beiden Provinzen das nöthige Land zu den niedrigsten Landpreisen, und diese verpflichten sich, den Einwanderern das Land gegen bar ebenfalls zu dem niedrigsten gesetzlichen Preise zu verkaufen und dem Käufer einen provisorischen Besitztitel, der nach Zahlung sämmtlicher Schulden definitiv wird, einzuhandigen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 11. Februar.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses interpellirt Ludwig Karman den Justizminister wegen Einführung des öffentlichen Notariats. Der Justizminister Pauler erklärt, daß er die bezügliche Gesetzesvorlage noch im Laufe der Session bringen werde, so daß das Notariat noch vor Ende eines Jahres eingeführt werden könne. — Der Communications-Minister Tisza legt Gesetzentwürfe über den Ausbau der Ergänzungslinien des Eisenbahnnetzes und zwar der Linien Semlin-Best-Wien, Best-Bratna, Semlin-Mitrowitz-Gradiška-Oguljin und Esseg-Gradiška vor. Dieselben werden dem Eisenbahn-

dem Finanzausschusse zugewiesen. Am 10. d. traten in Berlin die Commissionsmitglieder Preußens, Baierns, Sachsens, Württembergs und des Reichs zusammen. Die Commission des deutschen Reichs zusammen. Die Vernehmen nach beabsichtigt die Reichsregierung, die Gesetzentwürfe, betreffend die Civil- und Strafprozeß-Ordnung

Feuilleton.

Der Todtenwalzer.

Novelle von E. H.

Johann Strauß war seinerzeit nicht minder berühmt durch seine genialen Tanzcompositionen als sein unlängst verstorbener Sohn, der als Walzerkönig viele Jahre diesseits und jenseits des Oceans seine glänzenden Triumphe feierte.

Strauß, der Vater, in Wien einmal der König der Liebe genannt, war der Componist der berühmten Sophienwalzer, welche die tanzende Welt lange vor dem Sohne in schwärmerischen Entzücken versetzte. Es war die Liebe, die Liebe zu einer — Prinzessin, die ihn zu den Tänzen begeisterte, in deren Musik sich die Gefühle einer Leidenschaft aussprachen, denen er durch Worte Ausdruck zu verleihen nicht wagen durfte. Als ein geborener Ungar hatte er mit seinen Landsleuten die orientalische Leidenschaft gemein, welche von jeher die kühnen Unternehmungen der Magyaren gekennzeichnet hat. Dagegen war er auch wie Liszt mit der eigenthümlichen Genialität begabt, die ihn befähigte, seinen Walzern eine so ergreifende Melodie unterzulegen, daß die Worte dazu in den Herzen der Tänzer aufquollen, sobald ihr Ohr von den Tönen berührt wurde.

Wohl hatte die schöne Fürstentochter eine leise

Ahnung von der leidenschaftlichen Liebe, welche der unglückliche Musikus für sie fühlte. Ein Blick hatte ihm geendet, daß sie ihn verstand, aber dabei hatte es auch sein Bewenden. Fürstentöchter dürfen ja nur selten dem Zuge ihres Herzens folgen; was bei anderen Menschen Liebe heißt, gehört bei ihnen in den Bereich der Staatsangelegenheiten und der Diplomatie.

Johann Strauß verschloß seine Gefühle in den tiefsten Schrein seines Herzens, während er bemüht war, ihnen in anderer Weise Ausdruck zu verleihen. Er componierte Tänze in ungarischen und böhmischen Volkweisen, und diese waren bald heimlich klagend, gedankend und leidvoll, bald wie der Sang der aufschwebenden Lerche, jubelnd in himmlischer Lust, so daß man in einem wiener Ballsaale die köstlichsten musikalischen Phantasien zu hören vermeinte, und doch war es nur Tanzmusik und die Tänzer recht oft nur Menschen, denen es für tiefe Bosheit und was darüber hinausgeht, am rechten Begriff gänzlich gebrach. Die Tänzer der damaligen Zeit waren die Puppen des Musikdirectors, die gehoben wurden und dahinflogen in künstlichen Verschlingungen, je nach den Pulschlägen seiner innersten Bewegung. Alle Welt tanzte nach den scharf angespannten Saiten seines Herzens.

Nach einem Jahre ward die Prinzessin mit einem ihr ebenbürtigen fürstlichen jungen Herrn verlobt. Johann Strauß aber componierte und spielte, und alle Palle in der vornehmen Welt standen unter der Herrschaft seines Zauberbogens. Prinzen und Prinzessinnen,

Herzoge und Herzoginnen, das diplomatische Corps und die gesammte haute-volée tanzten wie in Wien, so in allen civilisirten Hauptstädten Europas, gehorsam den Klängen des liebeschwärmenden Maestros. Und so zogen er alle Welt, während er selbst es nicht wagen durfte, seinen Gefühlen Worte zu verleihen, ihm Beistand zu leisten, daß er sie ungestraft auf diesem Wege ausprechen durfte.

Manch feuchtes Auge in London und Paris, in Newyork, in Petersburg und in Rom kannte nicht den Grund der verstorbenen Thräne, wenn seine Musik durch die Pradisale rauschte. Manche aufsteigende Hoffnung, manche noch in der Knospe ruhende Neigung zur Entfaltung unter dem Zauber jener Töne. Tausende Herzen waren zum Tode betäubt und frohlockten, wenn trunken strahlten tausend Augen, während der Walzer spielte, ohne von der Leidenschaft eine Ahnung zu haben, welche an seinem Herzen zehrte und ihn zu seinen großen Schöpfungen inspirierte. Nur Eine gab es, die darum wußte; doch diese Einzige war ein Fürst!

Bald nach der Verlobung des hohen Paars erging an Johann Strauß die Aufforderung, zur Vermählungsfeier der jungen Fürsten einige neue Tänze zu componieren. Der geniale Meister machte sich an das Werk und es erschien die Serie jener bezaubernden Walzer, welche später unter dem Namen „Sophienwalzer“ bekannt wurden.

Die Vermählung hatte stattgefunden, glänzende Feste folgten eins dem andern. In der Kaiserstadt war

Tagesneuigkeiten.

Ihre Majestät die Kaiserin Carolina Augusta

wurde am 8. Februar 1792 als zweite Tochter des Königs Maximilian Joseph von Baiern mit Marie Wilhelmine Augusta, geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt, geboren. Am 10. November 1816 fand die Vermählung mit Kaiser Franz I. von Oesterreich statt, bei welcher Gelegenheit bei 200.000 fl. von der Kaiserin an die Armen Wiens vertheilt wurden. Am 25. September 1825 wurde die Kaiserin in Preßburg als Königin von Ungarn gekrönt. Seit 2. März 1835 war die Kaiserin Witwe und trat in der langen seither verstrichenen Reihe von Jahren nicht mehr in das öffentliche Leben. Wenn auch die hohe Frau fast die Hälfte ihres Lebens in der freiwilligen Zurückgezogenheit ihres Witwenstandes sich den Augen der großen Menge entzogen hat, so wußte sie sich nur um so mehr den Weg zu unzählbaren Herzen offen zu halten durch ihre warme Theilnahme an den Geschicken des Reiches und seiner Völker und durch die Unerlöschlichkeit der Wohlthaten, welche sie mit reicher Hand und mit reichlicher Liebe, eindringlicher Sorgfalt und gereifter Einsicht täglich, man könnte sagen stündlich nach allen Seiten hin spendete. Sie gab nicht nur, wie es wenigen auf dieser Erde zu geben vergönnt ist, sondern wirkte in hoher Weisheit zum Heile von Tausenden.

Die „Wiener Correspondenz“ bringt nachstehenden Tagesbericht:

„Der harte Schicksalsschlag, welcher das A. k. Kaiserhaus neuerlich getroffen, hat in allen Kreisen der Residenz ungetheilte Theilnahme gefunden, und sind es hauptsächlich die Armeen, welche das Hinscheiden ihrer hochherzigen Wohlthäterin auf das Schmerzlichste beweinen. Die in den wiener Waisenhäusern untergebrachten Kinder verlieren in der hohen Verblüthen ihre zweite Mutter, und die vielen Wohlthätigkeits-Institute, deren Protectorin die Kaiserin Carolina Augusta war, beklagen tief den unerfetzten Verlust, den sie durch den Tod ihrer eifrigen Förderin und Beschützerin erleiden. Wie man uns mittheilt, werden diese Institute Trauergottesdienste abhalten und sich auch an der Leichenfeier betheiligen.

Von fast sammtlichen Höfen langten im Laufe der letzten vierundzwanzig Stunden Condolenzantworten an Sr. Majestät den Kaiser und an das kaiserliche Haus ein und werden auch von den verwandten Höfen Specialvertreter zum Leichenbegängnis gesandt werden. Die Leiche Ihrer Majestät der Kaiserin-Witwe wird bereits heute abends 6 Uhr vom Hofrath Professor Kostanek einbalsamirt werden, hierauf wird sie angeliehet und in den Sarg gelegt, den brennende Kerzen umgeben. Dienstag nachmittags erfolgt die Uebertragung der Leiche in die Hofkapelle und die feierliche Aufbahrung daselbst. Die Beisung in der Gruft bei den PP. Kapuzinern findet Donnerstag den 13. d. um 3 Uhr nachmittags statt.

Die Vermählung Ihrer kais. Hoheit der Frau Erzherzogin Sisi. la. erleidet, entgegen der anfangs gehegten Vermuthung, keinen Ausfall, sondern wird mit mehrtägiger Unterbrechung der Hoftrauer zur festesten Zeit stattfinden. Infolge des Trauerfalles wurde der Offiziersball der wiener Garation gestern nicht abgehalten und auch die heutigen Elitebälle und sonstigen Unterhaltungen wurden abgesagt.“

— (Die junge Fürstin Metternich), die Tochter des ehemaligen k. k. Vizekanzlers Fürsten Metternich, die diefertige schwer erkrankte, befindet sich bereits wieder in voller Besserung. Die junge Fürstin litt an einer Lähmung der linken Seite der Brust. Jetzt löst ihr Zustand keinerlei Besorgnis mehr ein. Fürst und Fürstin Metternich, welche sich gegenwärtig in Königswart befinden, werden im nächsten Monat in Paris erwartet.

— (Eine Bahn auf den Schneeberg.) Das Ministerium des Innern hat der Azienda assicuratrice in Triest die Bewilligung zur Vornahme von Vorarbeiten für die Erbauung einer Zigarrenbahn auf den Schneeberg für die Dauer von drei Monaten erteilt.

— (Blatternkrankheit in Graz.) Vom 1. bis inclusive 7. d. M. wurden 80 Erkrankungen an Blattern gemeldet. Die Mehrzahl der Erkrankungen entfiel auch diesmal auf Kinder und Ungeimpfte. Gestorben sind an Blattern in der Woche vom 31. Jänner bis inclusive 6. Februar 17 Personen.

Locales.

Aus der Gemeinderathsitzung

vom 11. Februar.

Anwesend die Herren: Bürgermeister Karl Deschmann und 25 Gemeinderäthe.

1. Der Vorsitzende hält an die neu aufgenommenen Bürger, die Herren Dienk, Pardubsky und Geroldberger, eine warme Ansprache, betreffend die Rechte und Pflichten eines Bürgers der Landeshauptstadt Laibach. Die genannten Bürger leisten die Angelobung.

2. Der Schriftführer verliest das letzte Gemeinderaths-Sitzungsprotokoll; dasselbe wird als richtig abgelesen erklärt und verificirt.

3. Der Vorsitzende theilt mit, daß die Frage inbetreff der Ertheilung des Religionsunterrichtes in den städtischen Volksschulen infolge der mit dem fürstbischöflichen Ordinariate gepflogenen Verhandlungen nunmehr erledigt ist

und daß der hochw. Herr Domkaplan Kun den Religionsunterricht in den zwei städtischen Volksschulen und der hochw. Herr P. Schubert in der tirnauer Volksschule ertheilen wird.

4. Der Vorsitzende theilt den Rapport des hiesigen Feuerwehr-Commandos pro Jänner 1873 mit, wonach die Feuerwehr mit Schluß des genannten Monats aus 21 Steigern, 54 Spritzen und 33 Schutzmännern besteht.

5. Der Vorsitzende berichtet, daß der Eisbezug für die städtische Eisgrube im Rayon der Stadt Laibach heuer unmöglich ist. Der Bürgermeister wird ermächtigt, wegen des Eisbezuges aus Weißfels oder Raibach ohne Verzug das Geeignete einzuleiten. Die Rudolfsbahn hat eine Frachtlöhnermäßigung freundlichst zugesagt.

Hiernach wird zur Tagesordnung geschritten:

6. Hr. Dr. Schaffer beleuchtet die wohlthätigen Erfolge eines Frauenerwerbvereines überhaupt und speciell jene des wiener Vereines, der mit kleinen Mitteln großen Nutzen schafft. Redner betont die Nothwendigkeit der Gründung eines solchen Vereines auch in Laibach; denn nur durch einen solchen könne einigen weiblichen Kreisen eine bessere wirtschaftliche Existenz verschafft werden. Zweck der Frauenerwerbvereine ist die Einführung des weiblichen Wiederholungs-, Sprachen-, Handels-, Spinn-, und Telegraphenunterrichtes. Redner demonstriert weiter, daß die Leitung des Frauenerwerbvereines Frauen zu überlassen, die Beiziehung vertrauenswürdiger Männer als Beiräthe immerhin ersprießlich und zulässig sei. Der Redner beantragt im Namen des aufgestellten Comités:

a. Der Gemeinderath der Hauptstadt Laibach begrüßt die Institution des Frauenerwerbvereines mit Freuden und nimmt die Zusicherung einer Staatsubvention zur befriedigenden Kenntnis; b. der Gemeinderath wird der Gründung eines solchen Vereines seine moralische und finanzielle Unterstützung angedeihen lassen; c. der Gemeinderath nimmt den Comitésbericht zur Kenntnis und d. beauftragt das fragliche Comité mit der Einleitung der weiteren notwendigen Schritte behufs der Gründung eines solchen Vereines in Laibach. (Wird einstimmig angenommen.)

7. Hr. Dr. Suppan beantragt namens der Rechtssection die Anerkennung der Liquidierung der infolge reichsgerichtlicher Entscheidung der Stadtgemeinde Laibach vom Lande zu leistenden Spitalverpflegungskosten-Ersätze, beziehungsweise hinsichtlich der Rückstände bis 1871, betont aber die ziffermäßige Richtigkeit der Differenzen, Nachträge und Mehrbeträge im Einvernehmen mit dem Landesauschusse. (Wird angenommen.)

8. Der Gemeinderath genehmigt die von der hiesigen Sparkasse requirirte von 5 pCt. auf 6 pCt. erhöhte Zinsenabgabe von dem Sparkassendarlehen, Theilbeträge per 44.000 fl. ö. W.

9. Hr. Dr. Schöppel berichtet namens der Finanzsection über die am 16. v. M. vorgenommene gemeinderäthliche Contrierung der Stadtkasse. Der vorgeschundene Kassenüberschuß per 4 fl. fand bereits seine Aufklärung. Redner beantragt die Erlassung einer Instruction für die städtischen Kassebeamten. Die Finanzsection wird den Entwurf verfassen und dem Gemeinderathe vorlegen. (Wird angenommen.)

10. Der Gemeinderath genehmigt die Fructification der disponiblen Gemeinde-Kassenarschasten bei der hiesigen Filiale der steiermärkischen Escomptebank nach den beim h. Landesauschusse in Uebung stehenden Modalitäten.

11. Hr. Dr. Schöppel berichtet, daß für das Jahr 1872 noch 12.272 fl. 28 1/2 kr. an Contoauslagen zu bezahlen sind und der bare Kassenstand mit Ende Dezember v. J. nahezu dieselbe Summe ausweist. Der Activforderungen-Ausweis pro 1872 wird demnächst auch vorgelegt werden.

12. Hr. Bürger beantragt namens der Bau-section den Entwurf einer eigenen Bauordnung für die Landeshauptstadt Laibach, nachdem die Verhältnisse in Laibach von jenen in den Gemeinden des sloven Landes gänzlich verschieden sind; jedoch habe in die von der Landesregierung betreffs einer Bauordnung für Krain einübersehende Enquete die Stadt Laibach ihre Deputirten abzuordnen. (Wird angenommen.)

13. Der Gemeinderath genehmigt über Antrag des Hr. Paschan namens der Polizeisection nach kurzer Debatte die Entwürfe einer Amisinstruction für den Stadtwachmannschaft und einer Disciplinarnorm für die Stadtwachmannschaft. Die Amisinstruction enthält die Dienstobliegenheiten des Wachinspectors und die Disciplinarnorm die Grundzüge, betreffend die Belohnungen, Belohnungen, und verchiedenen Strafgrade der Wachmannschaft.

14. Der Gemeinderath passirt dem Wachinspecteur, der im Dienst in der Uniform erscheinen, aber sich selbe aus eigenem nach der genehmigten Form beschaffen muß, ein Jahrespauschale von 50 fl.

Hiernach wird die öffentliche Sitzung geschlossen und beginnt die geheime Sitzung.

— (Ernennung.) Herr Franz Randernol, Professor am Staatsgymnasium in Laibach, wurde zum Professor am Staatsgymnasium in Triest ernannt.

— (Fischingschronik) In der Civalnica zu Altenmarkt bei Laas findet am 16. d. eine große Beseda statt.

— (Ein fruchtbares Zuchtthier.) In Dule bei Franzdorf warf ein Mutterchwein souffolter Race 18 Stück Ferkel; 10 Stück säugt das Muttervieh, 8 Stück werden mit Kuhmilch aufgezogen.

und Gerichts-Organisation, womöglich in nächster Session dem Reichstag vorzulegen. — Dem „Frankf. Journ.“ wird aus Hessen geschrieben, daß die sämmtlichen preussischen Bischöfe eine Adresse an den Papst gerichtet und in derselben feierlichst gelobt haben, in dem gegenwärtig wieder heftiger als je entbrannten Kampfe gegen die Rechte der katholischen Kirche treu auszuharren und dem römischen Stuhle als treue Oberhirten der ihnen unterstellten Gläubigen zur Seite zu stehen, wenn ihnen auch noch größere Widerwärtigkeiten als den Märtyrern der ersten Jahrhunderte drohen würden. In der Adresse soll ferner gesagt sein, daß der gesammte Klerus von den gleichen Gesinnungen befeelt sei und seine Bischöfe muthig unterstützen würde.

Zu der Fusionsfrage in Frankreich liefert auch der pariser Berichterstatler des „Daily Telegraph“ einen Beitrag. Seiner Angabe nach hat sich der Graf von Paris als unbedingten Fürsprecher des parlamentarischen Regiments auf breiter und liberaler Grundlage ausgesprochen, jedoch unter der ausdrücklichen Erklärung, daß diese Regierungsform nur unter der erblichen Monarchie möglich sei. Unter solchen Umständen könne er aber nicht umhin, den Grafen von Chambord als Haupt der Familie anzuerkennen, und falls sich derselbe herbeilasse, eine constitutionelle Monarchie anzunehmen, würde er, der Graf von Paris, ihm seine herzliche Unterstützung leisten, auch seinerseits die Krone nur dann annehmen, falls der Graf von Chambord sich ausdrücklich geweigert hätte, im Einklang mit dem Willen der Nation zu regieren. Nach Frohsdorf hätte der Graf von Paris unter keinen Umständen gehen zu wollen erklärt und hinzugesetzt, er halte es für unrecht, daß der Graf von Chambord das Land weide. Im übrigen, was sein ruhiges Leben und Treiben anbelange, habe der Prinz bemerkt, daß er vor allem Franzose sei, und da er zwanzig Jahre in der Verbannung gewohnt habe, fühle er sich zu wohl, als daß er etwas thun möchte, was sein Recht auf Frankreichs Boden gefährden könnte.

Der Große Rath von Genf beschloß mit 85 gegen 15 Stimmen, welche letzteren für die vollständige Trennung von Kirche und Staat votirten, in den von der Commissionsmehrheit beantragten Entwurf des neuen katholischen Cultusgesetzes einzugehen, worauf nach längerer Discussion Artikel I mit einer unwesentlichen Veränderung angenommen wurde. Diesem Artikel zufolge werden die Pfarren und Vicare vom Volke gewählt und vom Staate besoldet und können abberufen werden.

Der italienische Minister des Außern Visconti-Verosta und der englische Gesandte Sir H. Paget haben am 5. d. die italienisch-englische Convention wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern unterzeichnet. — Der Ausschuß hat die Berathung über die Rekrutierungsvorlage beendet.

Im spanischen Congresse erklärte der Finanzminister, die Regierung habe niemals ein Recht dazu, die im Auslande zahlbare Rente zu besteuern. — Nach dem „Tiempo“ vom 4. d. sind die letzten Nachrichten aus Havana bis zum 14. Jänner nicht befriedigend. Die Insurrection gewinnt immer mehr an Ausdehnung, und die Banden nehmen an Zahl und Stärke zu. Es herrscht daselbst eine große Agitation infolge der Nachrichten aus Spanien, namentlich hinsichtlich der Reformprojekte für Portorico und der Abschaffung der Sklaverei. Die Finanzlage verschlimmert sich immer mehr. — Demselben Blatte zufolge lauten auch die Nachrichten aus Catalonien sehr ungünstig. Außer der Erstarkung der Carlisteninsurrection scheinen auch die Republikaner von den angeordneten Waffenvertheilungen Nutzen ziehen zu wollen und sich für eine Erhebung vorzubereiten.

die Pracht entfaltet, wie sie auf Kosten wohlhabender Privatkassen ohne Hindernis gekauft werden. Ueberall strahlender Glanz und blendender Schimmer, nirgends von Kummer die leiseste Spur! Wohl aber sah man eine so überströmende Fülle fröhlicher Gesichter, daß man hätte glauben können, Asträa sei wieder zu den Sterblichen herniedergestiegen. Besonders lebhaft wurde nach allen vorangegangenen Festen ein Ball in der Hofburg ersehnt, denn die vornehme wiener Welt ist eine fröhliche, tanzende, halb deutsche, halb italienische Welt; zudem war es bekannt, daß Strauß, der hochgeachtete Virtuose, auf allerhöchsten Wunsch die ganze Kraft seines schaffenden Talentes dazu aufgebracht hatte. Allgemein wurde eine Musik erwartet, wie sie bis dahin noch nicht gehört war.

Der so heißersehnte Abend war endlich gekommen. Die glänzend erleuchteten Prachtsäle boten den feenhaften Anblick von Tausend und Eine Nacht. Die an Schönheit und Pracht mit einander wetteifernde Gesellschaft war vollzählig versammelt. Der Ball wurde, wie üblich, mit einer Polonaise eröffnet. Nach deren Beendigung ging ein Flüstern durch die Räume, daß die eigentlichen Festtänze, die neuen Compositionen von Strauß, erst kurz vor dem Zurückziehen des hohen Paares zur Aufführung kommen würden. Bei dem Verbreiten dieser Nachricht sah man auf vielen Gesichtern etwas wie getäuschte Erwartung; aber man mußte sich schon in Geduld fassen und sich einstweilen mit den schon bekannten Tänzen begnügen.

(Schluß folgt.)

(Dem Stadtphysicatsberichte über die Sanitätsverhältnisse im Monate Jänner 1873) entnehmen wir folgendes: Die meteorologischen Beobachtungen ergaben für den betreffenden Monat eine mittlere Temperatur + 2.3° C., indem das Maximum der Temperatur + 10.9° C den 1. und 2., das Minimum - 3.6° C. den 9. und 6. Jänner beobachtet wurde.

Die Morbilität betreffend, hat dieselbe im allgemeinen gegen den Vormonat bedeutend zugenommen, da Lungenentzündung, katarrhalische Affectionen mit entzündlichem Charakter, besonders des Rachens und der Bronchialschleimhaut sehr häufig auftraten und Gelenkrheumatismen, Diphtheritis und Varicellen, so auch Typhus und Halsdrüsenentzündungen vereinzelt zur Behandlung gelangten, der Krankheitscharakter kann demnach als ein entzündlicher festgestellt werden.

Von diesen 65 Verstorbenen waren 39 Männer und 26 Weiber, 46 Erwachsene und 19 Kinder, daher die Sterblichkeit besonders die höhere Altersstufe betraf. Dann starben im Civilspitale 26, im Zwangsarbeitsbause 1, in der Stadt und den Vorstädten 38.

Was die Krankheiten betrifft, die als Todesursachen auftraten, so war es Tuberculose und Scharlach in 14 Fällen, d. i. 21 7/10 pCt. aller Verstorbenen, Marasmus 7 mal, d. i. 10 10/100 pCt.; Convulsionen 6 mal, d. i. 9 3/10 pCt.; Wassersucht 4 mal, d. i. 6 2/10 pCt.; Diphtheritis, Phämie, Lungenentzündung je 2 mal, d. i. 2 1/10 pCt.; Typhus traumaticus, Meläna, Gehirnentzündung, Peritonitis u. je 1 mal, d. i. 1 7/10 pCt.

Nach dem Civilspitals-Berichte waren mit Ende Dezember 1872 verblieben 238, im Monate Jänner 1873 wurden neu aufgenommen 221, Summe 459 Personen. Auch waren noch Ende Dezember 780 Findlinge in Pflege verblieben. Davon wurden entlassen 149, gestorben sind 26, Summe 175, so sind mit Ende Jänner in Behandlung verblieben 284 Personen und in Pflege 778 Findlinge.

Den Krankheitscharakter im Civilspitale betreffend, kamen auf der medizinischen Abtheilung vorwiegend Katarrhe und Entzündungen der Respirationswerkzeuge vor, Typhusfall einer.

Auf der chirurgischen Abtheilung kamen vorherrschend Verletzungen vor und Fußgeschwüre, der Heiltrieb war günstig.

Auf der Abtheilung für Syphilitische und Hautkrankheiten waren mit Ende Dezember 1872 2 Blatternranke in Behandlung verblieben, im Laufe des Monats Jänner 1873 sind 2 (1 Mann und 1 Weib) zuerwachsen; es wurden 3 gesund entlassen, 1 (1 Weib) verblieb aber noch in Behandlung.

Im Gebärhause sind weder epidemische noch endemische Krankheiten vorgekommen. Ausnahmsweise in diesem Monate sehr wenig Geburten, nämlich fünf.

Ueber die Krankheitsbewegung im l. Garnison-Spitale während des Jänner ging folgender Berichte ein. Mit Ende Dezember 1872 sind Kranke verblieben 110, bis letzten Jänner 1873 zugewachsen 102, Summe 212. Davon wurden geheilt entlassen 102, ungeheilt 21, gestorben 2, Summe 125; verbleiben mit Ende Jänner 1873 87. Der Locostand der Garnison war 2682, es erkrankten somit 3.23 pCt., vom Krankenstand starben 0.95 pCt., von den Entlassenen 1.6 pCt.

Der herrschende Krankheitscharakter war der entzündlich-katarrhalische, der Tod erfolgte in einem Falle durch Lungenentzündung, im andern durch Blutzersehung infolge Wechselfieberlacharie.

Ein Fall von Varicellen, welcher zugewachsen war, gehörte nicht der hiesigen Garnison an, sondern betraf einen zum Cordondienste einkerkerten Reservisten.

(Die slovenischen Lehrer) erfahren in der „Tagespresse“ ein keineswegs schmeichelhaftes Urtheil. Wir lesen in dem genannten Blatte nachstehendes: „Während selbst in den von slavischer Agitation am stärksten unterwühlten Gegenden während die Lehrer sich dem staatsrechtlichen Kampfe fernhalten und bestrebt sind die deutschen Culturbestrebungen mit Energie zu unterstützen, indem sie einsehen, daß dies ihr eigentlicher Beruf ist, nehmen in Krain und theilweise auch in Untersteiermark die slovenischen Lehrer sehr regen Antheil an der slavischen Agitation gegen die Verfassung und die Schulgesetze, und nun auch gegen die Wahlreform. Das liegt zumeist darin, daß die Lehrer noch in einem ihre Berufspflicht lähmenden Abhängigkeitsverhältnisse zu dem Landklerus stehen und daß infolge der rührigen Agitation des letzteren die Schulgesetze noch nicht fest genug Wurzel gefaßt haben, um die gewünschten segensreichen Früchte tragen zu können. Wer sollte auch die stricte Durchführung der Schulgesetze bei uns überwachen. Die slovenische Fraction des Landesauschusses, die thatsächliche Essenz aus unserem verfassungseindlichen, clerical-nationalen Landtage, bietet alles auf, um die Schulgesetze in ihrer der Schule förderlichen Wirkung abzuschwächen und das Landvok in der Beschränktheit zu erhalten. In letzter Linie sind die Lehrer denn doch von dem Landes-Ausschusse abhängig. So participieren die Lehrer slovenischer Nationalität sehr rührig an der Agitation, welche durch die wenig zahlreichen deutschen Lehrer nicht paralytisch werden kann. An maßgebender Stelle wird man gut thun, auf diesen Uebelstand das Augenmerk zu wenden.“

(Theaterbericht vom 11. d.) Donizetti's „Favoritin“ ging recht anständig über die Bretter. Wir belamen nicht die gewöhnlichen italienischen Drehorgel-Melodien, sondern ernst gearbeitete und im melodramatischen Style gehaltene Motive zu Gehör. Die Arien und Ensemble-Nummern, auch die Chöre wurden recht gut gesungen; in den Recitativen und bei der Orchesterbegleitung muß noch größere Sicherheit und Präcision eintreten. Das Haus war sehr gut besucht. Die Benefiziantin Fräulein Rosen wurde mit einer Kranzspende begrüßt. Die beliebte Sängerin gab den Hauptpart (Leonore) mit glänzendem Erfolg; ergreifenden Gesang, wohlüberdachtes Spiel und elegante Toilette bot uns Fräulein Rosen in reichem Maße. Der stürmische Beifall des Hauses belohnte die künstlerische Leistung. Herr Stoll (Bernard) hatte glückliche Scenen, die wieder tief ins Herz gingen, das ganze Haus entzückten und dem Sänger großen Applaus eintrugen. Die Herren Woloff (Alfons XI.) und Pollak (Prior) gaben ihre Partie sehr verdienstlich; nur würden wir eine deutlichere Aussprache des Textes nicht unliebsam aufnehmen. Die Scenierung der ganzen Oper war eine geordnete und würdige. Das Publicum verließ die Hauptpart-träger wiederholt beifällig hervorrufend, sehr besträubt die Theaterräume.

(Die Baugesellschaft des ersten allg. Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie) hat sich constituirt und setzt in einem ausführlichen Programme ihren zahlreichen Mitgliedern, sowie dem großen Publicum die Vortheile auseinander, welche sie zu bieten in der Lage sein wird. Wir können dieses Programm nur recht freundlich beurtheilen und müssen namentlich hervorheben, daß die neue Baugesellschaft schon vermöge der weitverzweigten Organisation des Beamtenvereines ihre ersprießliche Thätigkeit über sämtliche Theile der Monarchie erstrecken und so wirklich in die Lage kommen dürfte, der Wohnungsalamität einigermaßen abzuhelfen.

Neueste Post.

Wien, 11. Februar Ihre Majestät die Kaiserin sind gestern nachmittags um 5 1/2 Uhr in Begleitung Ihrer kaiserlichen Hoheit der durchlauchtigsten Erzherzogin Gisela von Habsburg in Wien angekommen.

Wien, 11. Februar. Nach einer Meldung der „N. Fr. Pr.“ erhielt im gestrigen Ministerrathe unter dem Vorsitze des Kaisers die Vorlage betreffs der directen Reichsrathswahlen die Zustimmung des Reichsraths. Nach glaubwürdigen Nachrichten der „N. Fr. Pr.“ wird die Majorität der galizischen Delegierten entschlossen, der Wahlreform gegenüber keine feindselige Haltung einzunehmen.

Wien, 11. Februar. Das „Neue Fremdenblatt“ tritt heute mit der „positiven Meldung“ auf, daß die Wahlreform-Vorlage in der nächsten Freitags-Sitzung oder spätestens am folgenden Dienstag im Abgeordnetenbause eingebracht werden wird.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 11. Februar. Papier-Rente 69.75. Silber-Rente 73.70. Staats-Anlehen 105.75. Bank-Actien 1001. Credit-Anstalt 332.25. London 108.85. Silber 107.60. R. f. Ducaten. Napoleonsd'or 8.67.

Angekommene Fremde.

Am 10. Februar. Hotel Elephant. Deisinger, Leoben. Robitsch, Bielefeld und Gattenfeld, Kaufleute, Wien. Holländer, Kfm., Burg. Kastelely mit Frau, Görz. Jurevic, Kroatien. Hotel Stadt Wien. Stehno, Buchhalter, und Schick, Graz. Kollowiy, Liki. Jaksitsch, Privat, Gottsche. Bairischer Hof. Rusiz und Gullig, Agenten, Triest. Mohren. Deijil, Oöslm, Wien. Saarcischeg, Gasthausbesitzer, Drachenburg. Wessenscheg, Tischler, Sonobib.

Theater.

Heute: Auf Verlangen zum zweiten male: Die Favoritin. Oper in 4 Acten von E. Scribe. Musik von Donizetti.

Milde Spenden.

Für die arme Familie des verstorbenen Sicherheitswachmannes Ruperschel wurden im Comptoir der „Laid Bld.“ 100 fl. erlegt: Bon A. S. 2 fl., Herrn Rupert 1 fl., Herrn Ehrfeld 1 fl., Frau Baronin Rehbach 3 fl., A. R. 1 fl., uert, Carl, Paul 3 fl.

Lottoziehungen vom 8. Februar.

Wien: 63 49 73 21 62. Graz: 57 56 78 5 21.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 10° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Mächtigkeit des Himmels. Includes data for Feb 11 and 10.

Börsebericht.

Wien, 10. Februar. Die Börsenverkehrte in angenehmer Stimmung und waren mehrere Schrankenwerthe, namentlich Lose, Bankactien, Dampfschiff, Nordbahn begehrt. Auch Speculationspapiere zeigten Animo, doch hatten heute die Aufzögererthe entschieden die größere Theilhaberschaft.

Table A: Allgemeine Staatsschuld für 100 fl. and B: Grundentlastungs-Obligationen. Lists various financial instruments and their values.

Table C: Actien von Bankinstituten and D: Actien von Transport-Unternehmungen. Lists shares of various banks and transport companies.

Table E: Prioritätsobligationen and F: Pfandbriefe (für 100 fl.). Lists priority obligations and mortgage bonds.

Table G: Wechsel (3 Monate) and H: Cours der Geldsorten. Lists exchange rates and prices of various currencies.